

Vortrag an den Ministerrat

MRV zur Bestellung Public-Value-Beirat

Bei der KommAustria ist ein Beirat eingerichtet, welchem in Verfahren der Auftragsvorprüfung für neue Angebote des ORF gemäß § 6a ORF-G ein Stellungnahmerecht zur Frage einzuräumen ist, ob eine neues Angebot aus publizistischer Sicht zur wirksamen Erbringung des öffentlich-rechtlichen Kernauftrags zweckmäßig erscheint, sowie zur Frage der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Angebotsvielfalt für die Seher, Hörer oder Nutzer („Public-Value Beirat“).

Der Public-Value-Beirat besteht gemäß § 6c Abs. 1 ORF-G aus fünf fachkundigen, von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren bestellten Mitgliedern. Die Mitglieder dieses Beirats haben über die Lehrbefugnis an einer in- oder ausländischen Universität oder eine sonstige hervorragende fachliche Qualifikation zu verfügen und sollen sich aufgrund ihrer bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit durch besondere Kenntnisse im Bereich des Medienrechts, der Medienwissenschaften oder der Wirtschaftswissenschaften auszeichnen.

Die letzte Bestellung der Mitglieder des Fachbeirates erfolgte mit Beschluss der Bundesregierung vom 24. November 2015. Die aktuelle Funktionsperiode der Mitglieder läuft Ende November 2020 aus.

Als Mitglieder für den Public-Value Beirat werden daher Em. Univ.-Prof. Dr. Irene Neverla, PD DDr. Julia Wippersberg, Univ. Prof. DDr. Matthias Karmasin, Mag. Nikolaus Koller und PD Dr. Ronald Hochreiter vorgeschlagen.

Die genannten Personen verfügen aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und Erfahrung im Medienbereich über die erforderliche Fachkunde und Praxis.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle

I.

- Em. Univ.-Prof. Dr. Irene Neverla
- PD DDr. Julia Wippersberg
- Univ. Prof. DDr. Matthias Karmasin
- Mag. Nikolaus Koller
- PD Dr. Ronald Hochreiter

mit Wirksamkeit ab 1. Dezember 2020 für die Dauer von fünf Jahren zu Mitgliedern des Public-Value-Beirats gemäß § 6c ORF-G ernennen und

II.

den Verfassungsdienst ermächtigen, die Mitglieder des Public-Value-Beirats über die Bestellung durch die Bundesregierung zu informieren.

17. November 2020

Sebastian Kurz
Bundeskanzler